

Weltspartag

Wer studieren will, wie die Realitätsverweigerung im Geldanlagebereich aussieht, der kann mit dem Weltspartag beginnen.

Immerhin, der Weltspartag, den wir am 31. Oktober 2017 begehen durften, ist fast so alt wie die Schaumweinsteuer, die sich in ihrer über hundertjährigen Geschichte fest etabliert hat; und das, obwohl ihr Zweck, nämlich die Finanzierung der Kriegsflotte unseres letzten deutschen Kaisers mit Namen Wilhelm, offenbar längst erfüllt ist. Der Solidaritätszuschlag ist auf bestem Weg, eine ähnliche Karriere wie die Schaumweinsteuer zu machen. Und der Weltspartag ist auch nicht tot zu kriegen. Obwohl die Europäische Zentralbank positive Nominalzinsen seit der großen Finanzkrise weitgehend abgeschafft hat, tun Sparkassen und Banken so, als hätte sich nichts geändert.

Das deutsche Anlageproblem

In Politik, Wirtschaft und Wissenschaft wird es vorgezogen, das Thema sinnvolle Kapitalanlage vornehm zu ignorieren. Dabei sind die volkswirtschaftlichen Folgen gravierend. Sie stellen – finanziell betrachtet – den Klimawandelzirkus, der mittlerweile von einem bestens organisierten wissenschaftlich-politisch-

industriellen Komplex betrieben wird, weit in den Schatten. Beleg gefällig:

Die 5.000 Milliarden Euro deutschen Geldvermögens, die zinsgebunden angelegt sind, erbringen für das Jahr 2017 eine nominale Rendite von circa Null. Wäre dieses Geld in Aktien angelegt



gewesen (der Einfachheit halber wählen wir den DAX-Index als Referenz), dann hätten die genannten 5.000 Milliarden Euro Geldvermögen einen Zuwachs von ungefähr 600 Milliarden Euro erbracht. In dieser sehr groben Rechnung offenbart sich die Di-

mension des deutschen Anlageproblems.

Fehlende Steuereinnahmen und ein politisch nicht besetztes Feld

Obendrein entgehen unserem Staat Steuereinnahmen von jährlich etwa 100 Milliarden Euro. Und das Schönste an der Sache ist, dass sich so gut wie niemand in der Politik berufen fühlt, das Thema zur Priorität zu erheben. Vielleicht ist dieser Umstand ein Zeichen dafür, wir gut es Deutschland im Herbst 2017 geht. Die gegenwärtige Diskussion über einen alsbaldigen Ausstieg aus der Kohleverstromung scheint den Befund noch zu unterstreichen, zumal man kaum öffentlich sagen darf, dass der Express-Atomausstieg der Kanzlerin ein Fehler war.

Und das Hauptproblem der Bundesrepublik Deutschland, der demographische Wandel, spielt ohnehin seit Jahren keine Rolle. Kinderarmut und Überalterung werden aber schwerwiegende soziale und materielle Folgen für das Land haben. Altersarmut wird nur eine dieser Konsequenzen sein.

Ebenso wird sich die ständige Anhebung der Abgabenquote fortsetzen müssen, denn das weitere starke Wachstum des ohnehin bereits riesigen Sozialstaates ist durch die unvorteilhafte Demographie und die betriebene Migrationspolitik vorgezeichnet. Im Jahr 2012 hatte die Bundeskanzlerin folgende Feststellung getroffen:

„Wenn Europa heute sieben Prozent der Weltbevölkerung ausmacht, etwa 22 Prozent des globalen Bruttoinlandsprodukts erwirtschaftet und damit 50 Prozent der weltweiten Sozialkosten finanzieren muss, dann ist es offensichtlich, dass es künftig sehr hart arbeiten muss, um seinen Wohlstand und Lebensstil zu erhalten. Wir alle müssen aufhören, jedes Jahr mehr auszugeben als wir einnehmen.“

Umdenken: Krise als Auslöser

Weise Worte, allein, die Zeiten sind viel zu gut, um ein Umdenken für möglich zu halten. Die Lebenserfahrung ist eindeutig. Wesentliche Veränderungen können nur vorgenommen werden, wenn eine Krise eintritt. Solange die Wirtschaft läuft und die Steuereinnahmen sprudeln wird keine Veranlassung gesehen, sich mit Themen zu befassen, von der die Bevölkerung wenig versteht und die nicht zum Aufreger- und Wahlkampfthema taugen. Der Umstand, dass ein Großteil der Aktien börsennotierter Großunternehmen in Deutschland heute überwiegend von angelsächsischen Investoren gehalten wird scheint niemanden in der Finanzdiaspora Berlin zu irritieren.

So werden wir also auch im kommenden Jahr wieder vom Weltspartag hören. Mit moralischer Überheblichkeit wird uns dann einmal mehr von der Tugendhaftigkeit des Sparens berichtet. Mir wird dann abermals eine Gelegenheit zuteil, über die Fehlallokation des deutschen Geldvermögens zu räsonieren. Aber die Hoffnung auf durchgreifende Veränderung habe ich aufgegeben.

Aus Chicago

Ihr



Dr. Christoph Bruns